

Integration beginnt gestern.



Integration wird uns als zentrale gesellschaftspolitische Herausforderung noch einige Zeit begleiten. Den Kopf in den Sand stecken kann keine brauchbare Strategie sein. Niemandem ist geholfen, wenn wir über tatsächliche Probleme hinwegsehen und verharmlosen. Es gilt: Die Anzahl der Flüchtlinge müssen wir auf ein Niveau reduzieren, das Integration ermöglicht. Wer kommt, muss sich an unsere Regeln halten, Deutsch lernen, die Werte akzeptieren. Wer das tut, ist Teil von Österreich.

Wir haben die Verpflichtung, den ÖsterreicherInnen und den Menschen, die legal bei uns sind, eine Perspektive zu geben, indem wir diese Herausforderungen meistern. Wir brauchen: klare Ansagen, realistische Ziele und umsetzungsstarke Strukturen. Wir müssen Zuwanderung begrenzen und die Kontrolle darüber haben, wer zu uns kommt. Deshalb haben wir eine Obergrenze, die klar macht: Bis hierher können, wollen und werden wir Menschen auf der Flucht helfen. Wir werden sie unterstützen und aufnehmen. Mehr geht dann aber nicht. Die Obergrenze gilt, weil sie definiert, was wir leisten können. Wir müssen den ÖsterreicherInnen Sicherheit geben und wir haben einen Plan für alle, die zukünftig unsere Gesellschaft mitbauen wollen.

Oder auf den Punkt gebracht: Wir haben in 70 Jahren ein Land aufgebaut, in dem Menschen frei und gleich, friedlich und demokratisch mit- und nebeneinander leben. In dem Frauen gleich viel wert sind wie Männer, in dem das Recht vom Gesetz und nicht vom Glauben ausgeht, in dem die Staatsgewalt herrscht und nicht Gewalt im Staat. Wer sich an diese Regeln hält, der bleibt. Wer glaubt, unseren Wohlstand,

reich kommen, haben Rechte und Pflichten. Wer die Rechte in Anspruch nimmt, muss auch die Pflichten erfüllen.

Ein Beispiel: Die Schulpflicht gilt für alle Kinder in Österreich. Niemand in unserem Land darf seinen Kindern, ob aus ideologischen Gründen oder aus Desinteresse, die Chance auf Bildung verwehren. Das ist eine klare Regel. Unsere Schulen und unsere Behörden werden darauf achten, dass sie eingehalten wird. Wer sich daran nicht hält, wird deutliche Sanktionen zu spüren bekommen. Je schneller Integration funktioniert und je schneller sich die Menschen

Wer Rechte in Anspruch nimmt, muss auch Pflichten erfüllen.

unsere Sicherheit, unsere Toleranz zum Aufbau einer unfreien, ungerechten und ungleichen Parallelgesellschaft zu nutzen, der muss auch wieder gehen.

Wir setzen auf praktikable Lösungen im Sinne einer echten Integrationspolitik für ganz Österreich. Menschen, die nach Öster-

selbst erhalten können, desto einfacher ist es für alle. Darum setzen unsere Bemühungen bereits bei den AsylwerberInnen an. Das Integrationskonzept, das mit ExpertInnen, NGOs, VertreterInnen der Länder und der Sozialpartner erarbeitet wurde, fordert Engagement und fördert Eigenverantwortung.





Radikalisierung schnell und klar unterbinden.



Im Rahmen eines flächendeckenden Integrationsprogramms müssen fünf zentrale Herausforderungen für geregelte Zuwanderung gelöst werden:

1. Arbeitsmarkt und Selbsterhaltungsfähigkeit

Durch die Fluchtsituation im Jahr 2015 ist mit einer steigenden Anzahl arbeitslos gemeldeter Asylberechtigter zu rechnen. Die durchschnittliche Vermittlungsdauer beträgt je nach Qualifikationsniveau drei bis sieben Jahre. Die logische Konsequenz liegt darin, den Integrationsprozess vom ersten Tag an zu starten. Denn Verzögerungen und Erschwernisse im Integrationsprozess bedeuten langfristig Mehrkosten.

- Verpflichtendes Integrationsjahr für Asylberechtigte und AsylwerberInnen: beinhaltet Integrationsvereinbarung, Integrationspfad, Betreuung durch IntegrationsberaterInnen, Kompetenzchecks, Sprachmaßnahmen, Arbeitstraining, Bewerbungstraining. Derartige Pilotprojekte sind bereits im Laufen.
- Ausweitung »Implacementstiftungsprogramm«: arbeitsplatznahe Qualifizierungsmaßnahmen
- Aktion 1000: Mit großen Unternehmen

Je schneller Integration funktioniert und je schneller sich die Menschen selbst erhalten können, desto einfacher ist es für alle.

wird eine Vereinbarung verhandelt, sich zu verpflichten, für Asylberechtigte 1000 Stellen zur Verfügung zu stellen. Qualifizierungsprogramme und eine 80-Prozent-Deckung des Gehalts für das 1. Jahr werden von staatlicher Seite zur Verfügung gestellt.

- »Fast-Track-System«: Sozialpartner einigen sich auf Mangelberufsfelder, in denen Asylberechtigte mittels Qualifizierung in der Muttersprache auf schnellstem Weg in die Arbeit gebracht werden.

2. Klare Zuständigkeiten bei Asylverfahren und im Integrationsprozess

Im Zuge des Asylverfahrens gibt es in der Grundversorgung wechselnde Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern bis hin zu Gemeinden. Das Verfahren wird beim

Bundesamt für Asyl geführt, die Rückkehrberatung ist an NGOs ausgelagert, das Integrationsministerium und der Österreichische Integrationsfonds sehen ihre Zuständigkeit erst ab Zuerkennung des Asylstatus. Und wenn die Asylberechtigten schließlich zum AMS gelangen, gibt es keine systematisch dokumentierten Spracherwerbsnachweise. Folge dieses Kompetenz- und Zuständigkeitschaos sind lange Verfahrensdauern, fehlendes Schnittstellenmanagement und fehlende Dokumentation der Integrationsbemühungen. Engagierte Gemeinden, die aufgrund der fehlenden flächendeckenden Angebote integrationspolitisch in Vorlage gegangen sind, dürfen nicht im Stich gelassen werden.

- Klare Zuständigkeiten: Es braucht klare Verantwortlichkeiten.
- Beschleunigung der Asylverfahren und



Helfen wir jenen, die aus gutem Grund bei uns angekommen sind, auch in unserer Gesellschaft anzukommen – immer unter Rücksichtnahme auf das richtige Maß, das wir bewältigen können und das durch die Obergrenze bestimmt wird. Sagen wir jenen, die sich nicht an unsere Regeln halten, dass sie keinen Platz in unserer Gesellschaft haben. Fördern und fordern wir jene Dinge, die aus unserer Sicht zu einem gelungenen und bunten Zusammenleben der Kulturen beitragen. Das hat unser Land immer ausgezeichnet und das soll es auch weiterhin tun.

begleitend einen »Mitwirkungsbonus« bei der Identitätsfeststellung (wodurch etwa der Zugang zum Integrationsjahr für AsylwerberInnen ermöglicht wird)

- Eine Behörde, vom Asylantrag bis hin zur Integrationsbegleitung oder zur Rückführung. Nur so haben wir einen klaren Überblick über die Integrationsbestrebungen, können steuern und besser vollziehen. Internationale Beispiele in Schweden und Deutschland zeigen, wie es geht.

3. Struktur auch für nicht mehr schulpflichtige AsylwerberInnen

10 Prozent der AsylwerberInnen sind minderjährig, der Großteil davon ist nicht mehr schulpflichtig. Für diese Zielgruppe gibt es keine flächendeckende Beschäftigungsstruktur. Perspektivlosigkeit und langfristige Integrationsprobleme sind die Folge.

- Ausrollung Projekt Jugendcollege: Qualifizierungsprogramm für nicht mehr schulpflichtige jugendliche AsylwerberInnen, Asylberechtigte und Drittstaatsangehörige
- Qualifizierungsverpflichtung bis 25 Jahre: Aktuell können jugendliche AsylwerberInnen nur in Mangelberufen eine Lehre absolvieren. Gerade, um dieser Gruppe möglichst rasch eine Be-

schäftigungsperspektive zu geben und um sie nicht zum Nichtstun zu verdammen und einem Abrutschen in die Kriminalität Vorschub zu leisten, müssen wir sie für unseren Arbeitsmarkt tauglich machen.

- Überregionale Lehrstellenvermittlung

4. Radikalisierung und Extremismus bekämpfen

Menschen, die sich abgrenzen oder gar die Gesellschaft spalten wollen, sollen wissen, dass sie bei uns keine politische, kulturelle oder wie auch immer geartete Zukunft haben. Das gilt für Fundamentalisten ebenso wie für hetzerische Nationalisten und alle, die mit der Art, wie wir Gemeinschaft verstehen, nicht einverstanden sind.

In der Vergangenheit wurden in der Integrationspolitik Fehler gemacht, die sich bis heute auswirken. Fehlender Anschluss an die Gesellschaft oder selbstgewählte Isolation sind der Nährboden für Radikalisierungstendenzen. Grundwerte wie die Gleichberechtigung von Mann und Frau, Schulbildung und Jobchancen für alle sowie ein gerechter und ausgewogener Sozialstaat sind – neben vielem anderem – für uns nicht verhandelbar. Somit müssen wir Ra-

dikalisierungstendenzen schnell und klar unterbinden. Bei Straftaten muss selbstverständlich die volle Härte des Gesetzes zur Anwendung kommen. Um Radikalisierung entgegenzuwirken, ist es notwendig, alle wichtigen Entscheidungsträger zusammenzuführen und bestehende Maßnahmen und Programme verstärkt aufeinander abzustimmen und auszuweiten.

- Salafistische Verteilaktionen verbieten
- Radikalisierung auch im Netz effizient bekämpfen

5. Rückführungen und Kooperationen ausbauen

Integration kann nur funktionieren, wenn zugleich klar ist, dass jene, die kein Recht haben, hier zu sein, Österreich auch wieder verlassen müssen. Bei der freiwilligen Rückkehr wurden hier in den letzten Jahren wichtige Fortschritte gemacht – die Programme müssen wir weiter ausbauen. Zugleich müssen wir auch die Kooperation der Herkunfts- und Transitländer einfordern. Wir können es uns nicht leisten, Hilfszahlungen an Regierungen auszubehalten, die bei der Rücknahme ihrer Staatsangehörigen nicht kooperieren. Umgekehrt müssen wir Anreize für Länder, die mit uns zusammenarbeiten, weiter verstärken. ■